

Gründungsjahr: 1846. Preis: Die Zeile 12 Goldpfennige, Familienanzeigen 8 C. W. Reflektoren 50 C. W. Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100 %.

Samstag, den 3. Mai 1924.

Bezugspreis: In der Stadt mit Postlohn 45 Goldpfennig wöchentlich, Postbezugspreis 48 Goldpfennig ohne Postlohn. — Schluß der Anzeigennahme 8 Uhr vormittags.

Neueste Nachrichten.

Der Reichskanzler Dr. Marx fordert das deutsche Volk auf, alle Sonderinteressen bei der Wahl hintanzustellen und nur nach großen Gesichtspunkten zu wählen, damit Deutschland nicht schweren Erschütterungen ausgesetzt werde.

Von zuständiger Seite verlautet, daß bis jetzt keines der deutschen Mitglieder der Organisationskomitees nach Paris abgereist ist.

Der Bericht des Generals Dawes, den dieser in einer Unterredung mit Präsident Coolidge und weiteren Regierungstreibern erstattete, soll günstig aufgenommen worden sein.

Der Reichskanzler zu den Wahlen.

Berlin, 3. Mai. Der Reichskanzler Dr. Marx gewährte dem Vertreter der „Germania“ eine Unterredung, in der er u. a. folgendes ausführte: Mit Bedauern muß ich feststellen, daß kaum je einmal in Deutschland ein Wahlkampf innerlich so unwahr und unwahrhaftig, so klein und gefällig geführt worden ist wie dieser, der am 4. Mai seinen Abschluß findet. In allen Wahlreden, die gehalten, und in allen Wahlartikeln, die geschrieben worden sind, konnte ich auch nicht einmal feststellen, daß dem deutschen Volk ein anderer Weg zur Rettung und in die Freiheit gewiesen worden wäre als der Weg, den die Reichsregierung pflichtbewußt gegangen ist und den nach meiner tiefsten Überzeugung das deutsche Volk weiter gehen muß, wenn es nicht auf das Letzte, das ihm geblieben ist, aufs Spiel setzen will. Zu einer befriedigenden Lösung unserer innerpolitischen Fragen und Schwierigkeiten werden wir erst wieder gelangen, wenn wir in der Außenpolitik und in der Reparationsfrage feste und klare Verhältnisse geschaffen haben. Wer sich um diese Wahrheit drücken zu können glaubt, wird dem deutschen Volke niemals nützen und die Verwirrung nach innen und außen nur immer größer machen, zum Schaden des Vaterlandes. In letzter Stunde noch möchte ich das deutsche Volk an seine hohe Pflicht erinnern, am 4. Mai alle Sonderinteressen, die in der erschreckend großen Zahl der Kreiswahlvorstände einen beschämenden Ausdruck gefunden haben, zurückzustellen und nur nach den großen Gesichtspunkten, um die am 4. Mai gestritten werden soll, seine Stimme abzugeben. Der wählt nicht deutsch, der sich am 4. Mai durch die Aufwertungsfrage, den Beamtenabbau oder den Steuerdruck bestimmen läßt, nur der wählt deutsch, der sich bei seiner Stimmabgabe bewußt ist, daß es um die Rettung des Vaterlandes und um den Wiederaufstieg unseres Volkes geht. Wer am 4. Mai seine Wahlpflicht nicht erfüllt, handelt wie ein Deserteur, der vor der Schlachtfront feige zurückweicht. Wer am 4. Mai durch seine Schuld nicht wählt, vergeht sich am allerschwersten an seinem Volke und seinem Vaterland und ist nicht wert, ein Deutscher zu sein. Gerade weil die extremen Parteien rechts und links alle ihre Wähler in die Wahllokale treiben werden, darum ist es dringend notwendig, daß auch die Mittelparteien wenn nicht zu 100 Proz., so doch zu 90 Proz. vernünftige Deutsche an die Urne bringen. Geschicht das, so besteht die sichere Gewähr, daß Deutschland nicht neuen schweren Erschütterungen ausgesetzt wird und daß das Werk der Rettung und der Wiederaufstieg unseres Volkes in Ordnung und Ruhe fortgeführt werden kann.

Unzulässige deutschnationale Wahlbeeinflussung in Anhalt

Berlin, 2. Mai. Wie aus Dessau gemeldet wird, hat der Landesverband Anhalt der Deutschnationalen Volkspartei eine Ehrengabe von 150 Rentenmark für diejenigen anhaltischen Gemeinden ausgesetzt, welche die besten Wahlergebnisse aufweisen, und zwar in dem Sinne, daß die Wahlbeteiligung am stärksten und die Stimmabgabe für die Deutschnationale Volkspartei am größten ist. Das anhaltische Staatsministerium hat daraufhin eine Verordnung erlassen, in der es erklärt, daß das Verhalten der Deutschnationalen an den durch das Strafgesetzbuch verbotenen Stimmenkauf grenze und daß wegen solcher unerlaubter Wahlbeeinflussung die Wahl für ungültig erklärt werde. Der Gemeindevorsteher, der die Bezahlung annimmt, mache sich einer Amtspflichtverletzung schuldig und werde im Disziplinarwege zur Verantwortung gezogen.

Wahlfreiheit nach französischer Auffassung.

Mannheim, 2. Mai. Zu einer Meldung des Pariser Korrespondenten der „Köln. Volkszeitung“ in Nr. 323, die sich mit den Wahlen im besetzten Gebiet beschäftigt und die

behauptet, Frankreich habe bisher alles getan, um die Freiheit im besetzten Gebiet vollkommen zu gewährleisten, werden wir von zuständiger Stelle darauf hingewiesen, daß diese Meldung den Tatsachen nicht entspricht. Aus der großen Anzahl von Fällen, die beweisen, wie die Besatzungsbehörden, insbesondere der französische Provinzdelegierte für die Pfalz, General de Metz, die zugesicherte Wahlfreiheit auffassen, seien folgende herausgegriffen: Das bayrische Landtagswahlgesetz und die Landeswahlordnung sind bis heute zu ihrem Vollzug im besetzten Gebiet von der Interalliierten Rheinlandkommission noch nicht genehmigt, obwohl beide schon vor Wochen der Rheinlandkommission vorgelegt und um ihre schnelle Behandlung gebeten wurde. Die Wahlen zum bayrischen Landtag werden daher von der Besatzungsbehörde nur geduldet und entbehren auch nach Ansicht der Rheinlandkommission der Rechtsgrundlage. Außerdem verweigert die Besatzungsbehörde einer großen Zahl in den Gefängnissen schmachtender politischer Gefangener die Ausübung ihres Wahlrechts mit der Begründung, in den Gefängnissen seien keine politischen Gefangenen mehr vorhanden, mit anderen Worten: Die Gefangenen aus der Zeit des passiven Widerstandes und der Separatistenherrschaft werden von den Franzosen gewöhnlichen Verbrechern gleichgestellt, denen das Wahlrecht nicht zusteht. Dem Abgeordneten Burger, Kandidat der vereinigten Nationalen Rechten wurde erst in letzter Stunde die Einreisefreilassung bewilligt, so daß er vor seiner Wählerschaft nicht sprechen konnte. Der Landrat Minges aus Großschillingen, gleichfalls Kandidat der Vereinigten Nationalen Rechten, wurde am Oster Sonntag ohne Begründung auf der Landstraße verhaftet und befindet sich zurzeit im französischen Militärgefängnis in Landau.

Tatsachen obiger Art, die ein schweres Schlaglicht auf die Auffassung der französischerseits üblichen Begriffe der Wahlfreiheit werfen, können noch in beliebiger Zahl aufgeführt werden. Die oben erwähnten seien nur herausgegriffen, um zu zeigen, daß die Meldung der „Kölnischen Volksztg.“ falsch ist und der Wirklichkeit nicht entspricht.



Zur Reparationsfrage.

Die deutschen Sachverständigen noch in Berlin.

Berlin, 2. Mai. Entgegen anders lautenden Meldungen verlautet von zuständiger Stelle, daß keines der deutschen Mitglieder der Organisationskomitees nach Paris abgereist ist.

Der Pariser „Matin“ glaubt wissen zu können, daß der Umfang der Debatte, die heute in Chequers zwischen den belgischen Ministern Theunis und Hymans und den beiden englischen Ministern Macdonald und Snowden beginnen wird, möglicherweise beschränkt worden sei, da niemand mehr einen Einwand gegen die Beibehaltung französischer Garnisonen im Ruhrgebiet erhebe (?!) und andererseits das in Geltung befindliche Regime der Ausbeutung neu geregelt werde, sobald die zur Durchführung des Sachverständigenplanes erforderlichen Gesetze vom Reichstag angenommen seien. Aber die dornige Frage der rheinischen

Eisenbahnen erfordere eine Lösung die nicht sehr leicht zu finden sei. Die 10 000 französischen und belgischen Eisenbahner müßten jedenfalls in der Lage sein, der Verkehr auf drei oder vier für die Truppen unerlässlichen Strecken zu sichern. Vom finanziellen Standpunkt aus erschwere deren Gegenwart die Tätigkeit der Industrie ebensowenig wie die der französischen Soldaten in Essen; doch müsse eine Regelung zustandekommen, damit sie und die leitenden französischen Beamten in der Lage seien, die Zufuhren für die französischen Truppen zu sichern, die man nicht dem guten Willen der Deutschen überlassen könne.

Zu der Note über die angeblichen Geheimorganisationen im besetzten Gebiet läßt sich das „Berliner Tageblatt“ aus zuverlässiger Quelle noch melden: Unter den drei Besatzungsmächten England, Frankreich und Belgien bestanden Meinungsverschiedenheiten über die Abwendung der Note. England erhob dagegen Widerspruch, daß die Note vor dem 4. Mai an die deutsche Regierung gesandt würde, weil es befürchtete, daß die rechtsradikalen Elemente in Deutschland so neue Antriebe erhalten könnten. Belgien stand anfangs auf der Seite Englands, soll jedoch am letzten Sonntag dem Standpunkt Frankreichs beigetreten sein. Deshalb soll die Note noch vor den Reichstagswahlen nach Berlin gesandt worden sein.

Loucheurs Entwurf eines deutsch-französischen Handelsvertrags.

Paris, 2. Mai. Nach dem „Matin“ hat der Minister Loucheur die rohen Linien für ein französisch-deutsches Handelsabkommen entworfen. Dieses Abkommen soll die im Januar nächsten Jahres fälligen Abmachungen ersetzen, die kraft des Versailler Vertrags zur Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Elsass-Lothringen getroffen worden waren. Der „Matin“ hebt hervor, daß, wenn die französische Regierung sich rechtzeitig an den Völkerbund gewandt hätte, der bisherige Zustand hätte verlängert werden können.

Erklärungen von Baldwin und Curzon.

London, 2. Mai. Der konservative Führer Baldwin erklärte: Die konservative Partei sei bereit zur Teilnahme an einer Konferenz über die Beschränkung der Rüstungen, könne aber nicht eine Schwächung der Verteidigungstreikräfte zulassen. Die Konservativen seien für strikte Ausführung der Friedensverträge und würden den Völkerbund zum Angelpunkt der Außenpolitik machen. Lord Curzon erklärte in einer Rede: Die Konservativen bereiten sich auf einen neuen Kampf vor, der jetzt nicht mehr hinausgeschoben werden könne. Die sozialistische Regierung habe die Arbeitslosigkeit durch die Abschaffung der Mac Kenna-Abgabe vergrößert. Weder Baldwin noch er selbst würden sich einer nationalen Außenpolitik irgend einer britischen Regierung widersetzen. Hinsichtlich der englisch-russischen Konferenz sagte Curzon, die britische Regierung halte im Foreign Office eine Konferenz mit Vertretern der grausamsten und blutigsten Regierung ab, die Europa je gekannt habe. Die russische Regierung wolle Geld haben und des englischen Geldes wegen seien die Russen nach England gekommen. Die gesamte Politik und alle grundlegenden Ansichten der Sowjetregierung seien unvereinbar mit dem fortschrittlichen Leben eines zivilisierten Volkes. Zum Schluß sagte Curzon, die Konservativen seien die stärkste Partei im Unterhaus und ein wichtiger Teil der liberalen Partei im Unterhaus und im Lande scheine den Wunsch nach einem Anschluß an die Konservativen zu hegen.

Günstige Aufnahme des Dawes-Berichts in Amerika.

Paris, 2. Mai. Der Havas-Korrespondent in Washington erfährt von autorisierter Seite, die in Beziehungen zum Schatzamt steht, daß in Regierungskreisen der Bericht, den General Dawes in seinen gestrigen Unterredungen mit Präsident Coolidge, Staatssekretär Hughes u. Staatssekretär Mellon erstattet hat, günstig aufgenommen werde. Der General habe, was den Erfolg des Sachverständigenplanes anlangt, seinem Optimismus Ausdruck gegeben und die Hoffnung ausgesprochen, daß er im wesentlichen angenommen würde.

Wahlversammlungen.

Wahlversammlung der Deutsch-demokratischen Partei.

In dieser Versammlung, die am Donnerstagabend bei Weiß stattfand und von Verwaltungsaktuar E. Staudenmeyer geleitet wurde, sprach Frau Gemeinderat und Landtagsabgeordnete E. H. Stuttgart über „Die Frauen und Deutschlands Notzeit“ und der Landtagsabgeordnete für den Bezirk Johannes Fischer-Stuttgart über „Das deutsche Volk und seine Wahlen“. Frau E. H. führte kurz Folgendes aus: Die Frauen haben die Pflicht, sich an der Politik zu beteiligen, da in der Gesetzgebung äußerst wichtige Beschlüsse über die Stellung der Frau gefaßt werden. Der notwendige Ausgleich des Staatshaushalts sei nicht ohne harte Eingriffe in die Existenz weiterer Kreise von sich gegangen aber durch die Staatsnotwendigkeit erzwungen worden. Die rechtliche Stellung der Kirche im Volksstaat sei durch Mitwirkung der Demokratie so glücklich gestaltet worden, daß sehr viele Geistliche sich mit dieser neuen Ordnung vollständig einverstanden und sie als Musterordnung erklärten. Im Lande müsse wie in jeder Familie Ordnung aufrecht erhalten, der Verbrauch an Alkohol zurückgedrängt und die Jugend an Selbstzucht gewöhnt werden. Sie sollte aber nicht im Rahmen einer politischen Meinung sondern in der richtigen Einstellung zum Vaterlande erzogen werden. Die Rednerin sprach gewandt und mit großer Ueberzeugung und erntete stürmischen Beifall namentlich auch bei den zahlreich erschienenen Frauen. — Der Hauptredner des Abends, Spitzenkandidat Johannes Fischer, griff aus den politischen Fragen einige heraus und besprach besonders das Frauenwahlrecht, das Verhältnis Württembergs zum Reich, den Rhein- und Ruhrkampf, die Reichstreue und den Reichsgedanken, den Kampf gegen den Marxismus, das württembergische Kirchengesetz und die Staatsvereinfachung. Der Redner führte sich ein als Mann des Volkes, der aus dem Handwerkerstand hervorgegangen und als Sekretär der Arbeitervereine sich in die Verhältnisse des Volkes vertieft und hineingelebt habe. Württemberg müsse ein treues Glied des deutschen Reiches bleiben, denn es sei aus Erfahrung bekannt, daß ein kleines Land nur durch den Anschluß an das große deutsche Vaterland zu Wohlstand kommen kann. Bei Zerfall des Reiches würde Württemberg ein Vasall von Frankreich werden. Im Rhein- und Ruhrkampf seien wir unterlegen; die der deutschnationalen Partei nahestehenden Kreise hätten damals sich dahin ausgesprochen, man solle dieses Gebiet zunächst den Franzosen überlassen, was für die Bewohner ein sehr trauriges Los zur Folge hätte. Der Vorwurf, daß die demokratische Partei mit der Sozialdemokratie zusammengewandert sei, sei ungerecht, denn nur dadurch sei es möglich gewesen, die bolschewistische Welle zurückzudrängen und Deutschland vor entsetzlichem Unglück zu bewahren. Uebrigens sei es ein Zeichen von Ueberhebung, wenn die deutschnationale Partei meine, sie allein habe die nationale Gesinnung gepachtet. Sehr warm sprach sich der Redner für das Christentum aus. Der Geist des Christentums müsse die Jugend und das ganze deutsche Volk beherrschen. Das Kirchengesetz sei von der demokratischen Partei in überaus wohlwollender Weise für die Kirche behandelt. Wärmster Dank sei der Partei von sehr vielen Geistlichen hiefür ausgesprochen worden. In der Staatsvereinfachung, die schon mindestens ein Jahrzehnt vorher im Prinzip beschlossen worden sei, habe die Bürgerpartei aus Rücksicht auf die Wahlen verzagt. Aufrichtig und ohne Beschönigung stelle er sich zu den Beschlüssen der Regierung. Mit der Aufforderung, bei der Wahl das Wohl von Deutschland und Württemberg als einzige Richtlinie im Auge zu behalten, schloß der Redner unter stürmischem Beifall seine warmen, vaterlandstreudigen Ausführungen. An der Aussprache, die teilweise in erregten und nicht wiederzugebenden, namentlich für Frauen unedelmütigen Worten sich abwickelte, beteiligten sich außer dem Kandidaten und dem Vorsitzenden Hermann Stroh, Handelschuldirektor Zügel und Apotheker Reichmann. Mit Worten des wärmsten Dankes an den Redner schloß der Vorsitzende die lebhafteste, außerordentlich stark besuchte Versammlung.

Vaterländisch-Völkischer Rechtsblock.

Der Vaterländisch-Völkische Rechtsblock hielt im „Bad. Hof“ eine gut besuchte Wahlversammlung. Fabrikant Sannwald führte den Spitzenkandidaten Dr. Schöck ein. Redner führte aus, daß die Wähler auf Grund von Tatsachen prüfen müssen, welche Parteien Weiblichkeit zeigen und Gewähr bieten, daß dies auch künftig so sei. Das Hauptgewicht sei darauf zu legen, wie die Parteien sich zur Außenpolitik stellen. Hier sei es zu bebauern, daß die Regierungsparteien sich durch parteipolitische Erwägungen vielfach haben bestimmen lassen, zum Schaden Deutschlands zu handeln. Er wies auf die unsinnige Entwaffnung des Heeres durch die Volksbeauftragten hin und legte dar, daß die Erfüllungspolitik unfähig geschadet habe. Redner führte aus, daß auch ein entwaffnetes Volk noch in der Lage sei, sich zu erhalten, wenn es Selbstbehauptungswillen habe. Er zeigte, daß die Lüge von den deutschen Kriegsgreueln und der Schuld am Kriege von den Regierungsparteien vollständig ungenügend bekämpft worden sei, und daß auch Stresemann vollständig ver-

sagt habe. Mit treffendem Spott widerlegte Redner das Märchen, daß ein Sieg der Rechten den Einmarsch der Franzosen zur Folge haben müsse. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik legte Redner den Gegensatz zwischen Bürgerpartei einerseits und der Sozialdemokratie, Demokratie, Zentrum und Deutsche Volkspartei andererseits dar. Die Bürgerpartei verlangte, daß mehr erzeugt und weniger verbraucht werde. Die Regierungsparteien glaubten, sich mit Zwangswirtschaft und Druden von Papiergeld behelfen zu können, und so müßte die deutsche Währung rettungslos verfallen, bis Helfferichs befreiende Tat der Rentenmark Einhalt gebot. Scharf kritisierte Redner die dritte Steuerordnung, welche gegen Treu und Glauben das Unrecht, das die Sparer durch die Geldentwertung erlitten, bestiegelt. Er stellte fest, daß die Regierungsparteien die Verantwortung hiefür haben. Entgegen den Lehren des Marxismus und des Demokraten Rathenau erklärte Redner die Erhaltung und Kräftigung des Mittelstandes für eine Staatsnotwendigkeit. In überlegen ironischer Weise geißelte Redner die parlamentarisch-demokratische Verfassung, welche keine Spur von wahrer Demokratie zeige. Er verlangte, daß ein anständig bezahltes, unabhängiges Berufsbeamtenamt wieder zu seinem Recht komme, daß der Abbau nicht schematisch, sondern nach wirklichen Notwendigkeiten erfolge, und daß alle solche Beamten verschwinden, welche lediglich als Parteimänner in Ämter hineingeschlupft seien. Er verlangt eine starke Regierungsgewalt, welche sich nur von sachlichen Gesichtspunkten leiten lasse. Dies sei nur möglich, wenn eine große Rechtspartei zum Sieg komme. — Reichher Beifall lohnte den Redner.

Eine Anfrage gab Gelegenheit, die Stellung der deutschnationalen Volkspartei zur Kirche darzulegen. Redner verlas die Anfrage des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses an die Parteien und konnte feststellen, daß seine Partei alle diese Fragen mit Ja beantwortet habe. Bei Besprechung des württembergischen Kirchengesetzes zeigte Redner, daß die Regierungsparteien wichtige, der Kirche schädliche Bestimmungen angenommen haben, was die Bürgerpartei veranlaßt habe, gegen das Gesetz zu stimmen. Unter Heiterkeit der Versammlung wies Redner auf die zwiespältige Haltung der Deutschen Volkspartei hin, welcher es trotz ihrer geringen Stärke hier gelungen sei, zum Schaden der Kirche auseinanderzufallen.

Liebenzell, 1. Mai. Am 30. April sprach hier für die Deutsche Volkspartei Oberstudienrat Dr. Egelhaaf über „Die entscheidende Stunde Deutschlands“. Den Zuhörern war Gelegenheit gegeben, von einem weit über unsere Grenzen hinaus geschätzten Geschichtsforscher, einem an Erfahrungen reichen Politiker eine abgeklärte Wertung und Beurteilung unserer politischen Geschehnisse mit ihren wirtschaftlich verheerenden Auswirkungen entgegenzunehmen zu dürfen in einer — gegenüber von z. Bt. aufdringlich agitatorisch sich breit machenden Werbungen — wohlthuend sich abhebenden Form. In der Folge bewegte sich auch die lebhafteste und reich besuchende Diskussion auf einer vornehmen Höhe.

Deckenpfronn, 2. Mai. Im Laufe dieser Woche hielt unser seitheriger Landtagsabgeordneter, Gutsbesitzer Wilhelm Dinger, im Gasthaus zur „Felsenburg“ eine Wahlversammlung ab. Landauf, landab ist unser Volk bei den traurigen Zuständen, welche sich, wenn nicht alle Vorzeichen trügen, in absehbarer Zeit kaum zur Besserung wenden, wahlmüde. Trotzdem war das Versammlungslokal bis auf den letzten Platz besetzt; denn die hiesigen Bürger waren zum voraus überzeugt, daß sie etliche genutzreiche Stunden erleben werden. In erschöpfenden, populären Worten streifte unser bisheriger Abgeordneter die gegenwärtigen politischen Tagesfragen, welche keineswegs in rosigem Lichte erscheinen, sondern eine dunkle Zukunft verhüllen. Unter allgemeinem Beifall brachten es mehrere Redner in der Diskussion zum Ausdruck, daß der Bezirk Calw durch seinen bisherigen Abgeordneten, welcher durch seine vielseitige Bildung, seine weitblickende Politik, sein unerschrockenes mutiges Auftreten, vorzüglich vertreten war und er verdiene deshalb mit Recht auch für die bevorstehende Neuwahl das weitgehendste Vertrauen; denn es sei für ihn bei seinem ausgedehnten Betrieb immerhin ein großes persönliches Opfer, wenn er sich unserem Bezirk als Kandidat wieder zur Verfügung stelle.

Aus Stadt und Land.

Calw, den 3. Mai 1924.

Bestimmungen des Wahlgesetzes.

Man schreibt uns hiezu: Eine Partei, auch wenn sie 100 000 Stimmen im ganzen Land bekommt, erhält kein Mandat, wenn es ihr nicht gelingt, in 1 Bezirk 13 000 oder, in 4 Bezirken je 1700 Stimmen aufzubringen. Da die Zahl der Landtagsitze auf 80 vermindert wurde, besteht die Gefahr, daß alle die Stimmen, die im Land auf Splitterparteien fallen, die kaum bekannt sind oder bei denen es zweifelhaft ist oder zum voraus feststeht, daß sie nur wenig Anhänger bekommen, nutzlos verpufft werden. Solche Stimmen sind verloren.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Mai. Vereinzelt wird die Auffassung vertreten, daß der Wähler den Wahlvorschlag, dem er seine Stimme geben will, aus dem amtlichen Stimmzettel heraus schneiden und alsdann den Ausschnitt in den Wahlumschlag legen dürfe. Diese Auffassung ist durchaus unzutreffend. Der Wähler hat sowohl bei der Reichs- wie bei der Landtagswahl

den ganzen amtlichen Stimmzettel — nach erfolgter Ankreuzung oder sonstigen Kennzeichnung — in den Wahlumschlag zu stecken und diesen dem Abstimmungsbeauftragten zu übergeben; die Abgabe eines Ausschnittes aus dem Stimmzettel würde zur Ungültigkeit der Stimme führen.

Frisches Gemüse.

* Gegenwärtig ist frisches Gemüse außerordentlich rar und deshalb auch noch teuer. Es sei deshalb auf ein Gemüse aufmerksam gemacht, das nichts kostet und sehr gut schmeckt. Es ist die allseits verachtete und verschmähte Brennessel. In ganz jungem Zustande gesammelt, gibt sie ein sehr gutes und frisches Gemüse. Sie wird ganz genau wie Spinat behandelt. Das Gemüse ist sehr fein und kann von Spinat kaum unterschieden werden. Selbstverständlich sind nur die jetzt frisch aus dem Boden sprossenden Brennesseln zur Gemüsebereitung tauglich. Gibt die Hausfrau dazu noch einen guten saftigen Schweinebraten und einige Eier, so ist die beste Mahlzeit fertig.

Wetter für Sonntag und Montag.

Die Luftdruckverteilung ist noch nicht ausgeglichen. Bei Fortdauer westlicher Luftströmungen ist auch für Sonntag und Montag unbeständiges, mehrfach bedecktes und zu vereinzelt Nieserschlägen geneigtes Wetter zu erwarten.

Entschädigung der Gemeinden für Leistungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Mai. Durch Verfügung vom 2. Mai ds. Js. hat das Staatsministerium die Entschädigung der Gemeinden für die Leistungen der Kanzleiräumen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Wirkung vom 1. Januar 1924 an neu geregelt. Die Gemeinden erhalten aus der Staatskasse für die Stellung, Heizung, Beleuchtung und Bedienung der erforderlichen Kanzleiräume für die Grundbuchämter, Vormundschafts- und Nachlassgerichte jährlich 3 Goldpfennig für den Einwohner. Gemeinden mit Notariatsstift, die dem Bezirksnotar eine ständige Kanzlei nebst Heizung, Beleuchtung und Bedienung stellen, erhalten statt dessen 15 Goldpfennig auf den Einwohner für die ersten 2000 Einwohner, 10 Goldpfennig auf den Einwohner für die nächsten 8000 Einwohner und 7 Goldpf. auf den Einwohner für die weiteren Einwohner, mindestens aber jährlich 150 Goldmark. Die Entschädigungen werden je auf den 1. Dezember für das ablaufende Kalenderjahr bezahlt. Das Justizministerium kann sie ermäßigen, falls über die Verpflichtung der Gemeinden zur Stellung von Kanzleiräumen anderes vereinbart wird.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Mai. Die Lage des Arbeitsmarktes hat sich im Laufe der letzten Wochen abermals günstig entwickelt. Die Erwerbslosenziffer ging weiterhin zurück: Sie betrug in Württemberg gegenüber rund 8000 am 1. April nur etwa 4000 am 15. April.

(S.C.B.) Stuttgart, 2. Mai. Zur Behebung von Zweifeln machen wir wiederholt darauf aufmerksam, daß das württ. wertbeständige Notgeld des Städtetags und das Notgeld des württ. Staats bis jetzt nicht zur Einlösung aufgerufen ist.

(S.C.B.) Tübingen, 2. Mai. Das Schwurgericht hat die ledige Dienstmagd Emma Fischnecht von Gröningen wegen vorläufiger Kindstötung zu 2 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt.

(S.C.B.) Ulm, 2. Mai. Vor einigen Tagen konnte man das seltene Schauspiel sehen, daß ein Hirsch die Donau herabschwamm. Das Tier, das noch nicht „auf“ hatte, also geweiht war, soll einer Tierhandlung entsprungen und auf der Flucht in die Donau geraten sein. Da die Donau sehr viel Wasser mit sich führte, hat der Hirsch offenbar das Ufer nicht mehr erreichen können. Was aus ihm geworden ist, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

(S.C.B.) Ravensburg, 2. Mai. Die beiden Zigeunerfamilien Reinhardt von hier und Winter von Altmendingen liegen einander schon seit Jahren in den Haaren, weil der Zigeuner Zacharias Reinhardt wegen einer im November 1923 an der Mühlbrud hier stattgefundenen Schießerei vor Gericht belastende Aussagen machen mußte. Gestern sollte nun vor dem Amtsgericht hier die Verhandlung gegen die Winter, andererseits aber auch gegen Reinhardt stattfinden, zu welchem Zweck sich beide Parteien hier einfanden. Mittags gegen 1 Uhr zogen die Zigeuner Winter, etwa 10 Mann stark, vor das Reinhardt'sche Wohnhaus und beschädigten es durch Steinwürfe. Beide Parteien kamen ins Handgemenge, wobei Schimpfworte, Drohungen, Verwünschungen aller Art, Messer und Pistolen die Hauptrolle spielten. Acht bis zehn Schüsse wurden gegenseitig abgegeben, ohne jedoch zu treffen. Dagegen trugen sämtliche Zigeuner Verletzungen durch Messerstiche und Steinwürfe davon. Der Zigeuner Zacharias Reinhardt erhielt zwei Messerstiche in den Hals. Ärztliche Hilfe mußte herbeigeholt werden, wobei wiederum Nadel und Pfaster die Hauptrolle spielten. Schon am Abend vorher erschienen die Zigeuner Winter vor dem Wagen des Zacharias Reinhardt, der an der Mühlbrud Halt machte, und wollten dessen Ehefrau buchstäblich zerhacken. Nur der Umstand, daß die Frau tags zuvor niedergekommen war, hielt sie von ihrem verbrecherischen Vorhaben ab. Polizei und Landjäger, die alsbald zur Stelle waren, schritten sofort ein und nahmen sämtliche Beteiligten in flagranti fest und steckten sie hinter Schloß und Riegel. — Die „Oberschwäb. Volksztg.“ bemerkt zu diesem Vorfall: Zigeuner gehören nicht in unser Land. Ihre Anwesenheit bedeutet eine ständige Gefahr für die ordentlichen Staatsbürger und insbesondere auch für die mit der Aufrechterhaltung der Ordnung betrauten Beamten. Wir wissen nicht, welche Gründe die Regierung zu ihrer Rücksichtnahme gegen die Zigeunerwelt bewegen. Solange aber die Regierung nicht willens oder nicht imstande ist, Remedur zu schaffen, solange muß eben die Bevölkerung zur Selbsthilfe greifen.

Inkreuzung
zu stecken
die Abgabe
ungültig

ttlich rar
ein Ge
sehr gut
erschmähle
gibt sie
ng genau
und kann
ständig
n Brenit-
Hausfran
nd einige

Bei Fort
und Mon
kten Nie

willigen

n 2. Mal
g der Ge
legenheit
l. Januar
r Staats-
nung der
Bormund-
den Ein-
girtsnotar
Bedienung
inwohner
Einwoh-
auf dem
aber jähr-
auf den
ht. Das
Berpflich-
andere

tsmarktes
entwickelt.
betrug in
etwa 4000

Zweifeln
irrit, wert-
es württ.

die lebige
orsächlicher
ist.

man das
u herab-
geweihslos
der Flucht
el Wasser
mehr er-
cht in Er-

erfamilien
legen ein-
euner Ba-
der Mühl-
tende Aus-
ntsgericht
aber auch
beide Par-
Zigeuner
Wohnhaus
ien kamen
Berwün-
e spielen.
hne jedoch
erlegungen
er Zaha-
Nerzliche
Nadel und
vorher er-
Zacharias
d wollten
stand, daß
von ihrem
r, die als
n sämtliche
Schloß und
ejeim Vor-
nwesenheit
natsbürger
altung der
he Gründe
geunerwelt
oder nicht
die Bewö-

Arbeiter!

Wer nicht „stempeln“ gehen muß, schuftet für weniger als den Friedenslohn. Manchmal ist es vielleicht gar zum Sterben zu wenig. Die Privatwirtschaft ist tot gemacht, aber die Bonzen mästen sich weiter. Wer noch arbeitet, muß für Frankreich mitschufteln. Die Heilstätten müssen geschlossen werden, die Gefängnisse sind überfüllt. Aber Galizier sind dick und fett geworden! Das sind die Folgen des Klassenkampfes! Zahlt's ihnen heim, den Volksverderbern und Jugendverführern, und

wählt

Vaterländisch-völkischen Rechtsblock
(Deutschnationale Volkspartei — Württ. Bürger-
partei und Vereinigte vaterländische Verbände).

Sanitäts-Kolonne.

3.5.24
Samstag
abends 8 Uhr
Ber-
sammlung
(Zivil) in der „Linde“,
(Nebenzimmer).
Wichtige Tagesordnung. Pf.

2 schön möblierte
**Einzel-
zimmer**
sofort zu vermieten.
Von wem, sagt die Ge-
schäftsstelle des Blattes.

Haarspangen
repariert rasch
und billig
Friseur Obermatt.

Beamte!

Eure jetzigen Hungergehälter sind die Folge der bisherigen Mißwirtschaft. Jetzt wurde abgebaut, nachdem auch unsere Privatwirtschaft vernichtet ist. Sind auch die ungelerten „Genossen“, die man Euch in die Klemme setzte, mit abgebaut?? Wollt Ihr den Wiederaufbau, neue Arbeit und wieder auskömmliche Gehälter, dann

wählt

Vaterländisch-völkischen Rechtsblock
(Deutschnationale Volkspartei — Württ. Bürger-
partei und Vereinigte vaterländische Verbände).

Mieterverein Calw u. Umg.

Am Sonntag den 4. Mai, nachm. 3 Uhr, findet
im Saale der Brauerei Dreßl unsere jährliche

Generalversammlung

mit der üblichen Tagesordnung statt. Vollzähliges Er-
scheinen ist dringend notwendig. Der Vorstand.

Oberamts-Sparkasse Calw

**Zinsfußerhöhungen
mit sofortiger Wirkung:**

Spareinlagen mit Wertbeständigkeits-
Garantie auf Dollargrundlage = auf **15%**
Giroguthaben = auf **12%**

Für Depositengelber werden je
nach Anlagedauer und Betrag
noch höhere Zinsfüße vergütet.

Giro- und Scheckverkehr provisions- und speisenfrei.

Von der Reise zurück Dr. Roth

Facharzt für Hals-, Nasen-, Ohren-
Krankheiten.

Pforzheim, gegenüber Bahnhof

Zahnpraxis Wellderstadt

Fernspr. 55 F. Lück, Dentist. Fernspr. 55

**Behandlung sämtlicher
Krankenkassenmitglieder.**

Kriegsbeschädigte und Kriegerwitwen!

Wer trägt die Schuld an der
Kriegskatastrophe?
Wer stempelt die Kriegsoffer-
fürsorge zur Armenunter-
stützung?
Wer stattet den Kriegsoffern den
Dank des Vaterlandes mit
Bettelpennigen ab?

Die bürgerlichen Parteien?

Wählt sie nicht!

Wählt sozialdemokratisch!

Bestellen Sie das „Calwer Tagblatt“.

Die wirkliche Bürger-Partei

die eintritt für Einheit, Freiheit und
soziale Gestaltung der Wirtschaft

ist die

Deutsche demokratische Partei

Bad Liebenzell.

Bergebung von Bauarbeiten.

Zum Posthausneubau des Reichsfiskus sind auf Grund
der Bestimmungen über die Vergabe von Arbeiten und
Lieferungen von 1922, in Verbindung mit der Verfügung
der Ministerien vom 18. März 1912, Regbl. Nr. 6 S. 37, die

**Grab-, Betonier-, Maurer-, Steinhauer-,
Zimmer-, Eisenbeton-, Dachdecker-,
Schmied-, und Flaschnerarbeiten**

im Submissionsweg zu vergeben.

Pläne, Arbeitsbeschr., Massberechnungen und Ak-
kordsbedingungen sind beim Postamt in Liebenzell von je
vormittags 10-12 Uhr und nachmittags 2-5 Uhr zur Ein-
sicht aufgelegt, und wollen schriftliche Angebote, berechnet
als ganze Forderung, bis Samstag, den 17. Mai 1924,
vormittags 12 Uhr bei Unterzeichnetem eingereicht werden.

Der Bauherrschafft unbekannt Bewerber haben Ver-
mögens- und Fähigkeitszeugnisse anzuschließen. Zuschlags-
frist 14 Tage.

Calw, den 2. Mai 1924.

Im Auftrag der Oberpostdirektion:
Kohler, Architekt.

Otto Rayher, Pforzheim

Weierstraße 35, Fernsprecher 4004

empfehl

Stab- und Formeisen, Bleche jeder Art
Röhren und Fittings, SM-Stahl
Blankmaterial, Kleisenwaren
Spezialität: Drahtstifte u. Drähte
zu vorteilhaften Preisen.

Benötigen Sie

**Wiesenheu, Kleeheu,
Stroh oder Haber,**

dann holen Sie auf alle Fälle meine Offerte ein.

Wilhelm Binder, Hirsau.

**Sprengstoffe
Sprengkapseln
Zündschnüre**

zum
Stockholz-
machen

Gerhard Paulus, Liebenzell,
Fernsprecher 15.

Handwerker!

Kleine Zersplitterungsparteien sind am Werke, die kommende
große Rechtsparthei zu gefährden. Wollt Ihr weiter ein Spielball
marxistischer Sozialisierung- und Zwangswirtschaft sein?? Soll der
Steuervahnsinn Euch weiter verarmen?? Kleine Parteien können
Euch jetzt nicht helfen, Euch rettet nur eine große starke Rechts-
parthei, gebt der jetzigen Raubbauwirtschaft die rechte Antwort und

wählt

Vaterländisch-völkischen Rechtsblock
(Deutschnationale Volkspartei — Württ. Bürger-
partei und Vereinigte vaterländische Verbände).

Darmsheim
O. Böblingen.
Empfehle meinen selbst-
gewobenen, echt leinenen

Sackzwilch

sowie die fertigen

**Mehl- und
Fruchtsäcke**

Kaufe auch jedes Quantum

Werg

oder nehme es gegen Säcke
in Tausch.

Christian Kaufmann.

Patent-Büro
P. Koch, Oberingenieur
Stuttgart Kronenstr. 24
b. Hbf., Tel. 20885

Kaufleute!

Wollt Ihr wieder mehrliches Geld haben und den Billionen-
trrsinn neu erleben? Wollt Ihr wieder von Denunzianten vors
Wuchergericht geschleppt werden? Soll der Inflationsjammer wieder
kommen und Schiebern und Spekulanten aufs neue Riesengewinne
bringen? Soll Euer Mühen um den Aufbau Eurer Existenz nutz-
los sein? Ihr sagt: nein!!

Drum wählt:

Vaterländisch-völkischen Rechtsblock
(Deutschnationale Volkspartei — Württ. Bürger-
partei und Vereinigte vaterländische Verbände).

Wähler und Wählerinnen!

Deutsche Männer, Frauen und Jugend!

Der Tag ernster Entscheidung steht vor der Türe. Die ganze Welt sieht am 4. Mai auf Euch und wartet, welche politische Zielrichtung für Deutschland von Euch eingeschlagen wird. Der Völkisch-soziale Block, mit seiner Aufpeitschung unklarer Rassenleidenchaften, seinem Schüren konfessionellen Hasses, seiner Verwirrung aller sozialen und wirtschaftlichen Ordnung führt im Innern zur einer völligen Zerfetzung des geschichtlich gewordenen deutschen Volkes. Nach außen stellt uns sein überhöhter Nationalismus vor Gefahren, die zum völligen Untergang auch dessen führen, was uns als deutsches Reich noch geblieben ist.

Die Bürgerpartei geht nicht mehr unter ihrem klaren Namen in den Wahlkampf, sondern am Gängelband einer Bewegung, die mit dem Völkisch-sozialen Block in naher Verwandtschaft steht. Der Bauern- und Weingärtnerbund hat gegenüber der Geistesrichtung, mit der die Bürgerpartei sich für die Wahlen verbunden hat, eine scharfe Trennungslinie gezogen, wegen ihrer konfessionellen Gehässigkeit. Und man muß auch hier, sowohl vom nationalen, wie besonders von einem ernst und innerlich christlichen Standpunkt aus warnen, den Völkisch-Vaterländischen Rechtsblock zu unterstützen. Man kann nicht sich als Vertreter christlicher Kultur und Grundsätze anbieten und einer Bewegung sich anschließen, die die Bibel als Sündenbuche bewertet. Ich führe aus vielen Zeugnissen dieser Art nur zwei an aus der deutsch-völkischen Zeitschrift „Neues Leben“ (1920):

„Der Gott des Neuen Testaments ist ebenso wie der des Alten Testaments ein Sündenbuche und entspricht der jüdischen Auffassung. Die Bibel ist ein Sündenbuche, ein Buch von Sünden für Nichtjuden. Germanien soll wieder auferstehen. Fort mit dem Sündenbuche der Bibel.“

Und aus derselben Zeitschrift:

„Wenn Herkules oder Siegfried, wenn Wolfram v. Eschenbach, ja selbst Goethe oder Schiller zum Leben erweckt wären und etwa im Weltkrieg eine Kompanie hätten führen müssen — sie hätten es gekonnt. — Aber Jesus Christus? Nach den Grundsätzen der Bergpredigt? Nein. Ich wage jetzt zu sagen, daß die christliche Lehre gottlos ist.“

So heißt es wörtlich in der deutsch-völkischen Zeitschrift.

Die Wähler und Wählerinnen mögen selbst urteilen, ob man sich mit solchen Gesinnungen verbinden darf oder ob man sie bekämpfen muß. Ich will nicht das Christentum für wahlpolitische Zwecke ausnützen, aber wenn man den Materialismus und Marxismus als Weltanschauungs- und Geistesrichtung überwinden will, dann findet man dazu in Bibel und Bergpredigt stärkere Gesinnungskräfte als bei Sonnenrad und Hakenkreuz.

Außenpolitisch verlangt auch der Völkisch-Vaterländische Rechtsblock den Bruch mit Frankreich, das heißt Beseitigung des Versailler Vertrages, und damit völlige Freiheit Frankreichs, mit uns zu treiben was es will. Neuer Krieg und furchtbarste Zerstörung unseres Landes rücken durch einen Wahlsieg des Völkisch-sozialen und des Vaterländisch-Völkischen Rechtsblocks in unmittelbare Nähe. Die Rentenmark bricht zusammen.

Das muß jedes sich bewußt sein, wenn es für diese Gruppen seine Stimme abgeben will.

Der Kommunismus ist keine deutsche Vertretung, sondern ein Vorspann Rußlands. Die Arbeiter, welche den Kommunismus unterstützen, fallen ihrem eigenen Volk, Land und Wirtschaft in den Rücken, üben Verrat an ihren Vätern und Müttern, Kindern und Enkeln. Daß die Arbeiterschaft heute rechtlich, politisch und wirtschaftlich wesentlich ungünstiger dasteht, hat der Kommunismus mit verschuldet.

Aber auch die Sozialdemokratie krankt daran, daß sie Noske einem Manne geopfert hat, für den es „kein Vaterland gibt, das Deutschland heißt“. Aufbau deutschen Lebens, Überwindung sozialer Not, Herbeiführung wahrer sozialer Volksgemeinschaft ist nur aus nationaler Gebundenheit und aus jener Gesinnung heraus möglich, die verlangt: Einer trage des andern Last.

Handwerker und Bauern, Industrielle und Arbeiter, Beamte und Angehörige freier Berufe, Kleinrentner und verarmte Sparer, Väter und Mütter, wenn Ihr wollt, daß die feste Grundlage der Rentenmark bleibt, die unerhörte Reparationslast der Nicunverträge erleichtert, die allmähliche Durchsetzung des Friedens und die Anbahnung der Freiheit für unser deutsches Vaterland erreicht werde, dann müßt Ihr der Politik der Mitte, der Demokratischen Partei, Eure Stimme geben. Man darf mit einem Volk in solcher Not nicht eigensinnige, halsbrecherische Versuche machen, wie sie von rechts und links empfohlen werden.

Ich nehme Vaterlandsliebe und soziale Gerechtigkeit nicht als alleiniges Vorrecht für meine Partei und mich in Anspruch, aber wir bekennen uns aus voller Ueberzeugung zu heidem und vertrauen auf sie, als staatschaffende Kräfte. Man hat durch eine hemmungslose Agitation unserem Volke Mißtrauen, Bitterkeit, Haß, Hoffnungslosigkeit eingeimpft und weite Kreise können keinen neuen Willen, kein neues Vertrauen fassen. Wenn man geistige und sittliche Maßstäbe verächtlich macht, wie oben Bibel und Bergpredigt, dann macht man ein Volk unfähig, mit schwerer Not fertig zu werden. Nach meiner Ueberzeugung müssen wir unsere drückende Lage vielmehr als gemeinsames Schicksal übernehmen, statt nur nach Schuldigen unter uns selbst zu fragen, dann erst kann ein Ausweg und eine Besserung kommen.

Und noch einmal zum Schluß, Euer Vaterland, Euer Volk die vor uns Deutschlands Sache führten und die, denen wir den Boden bereiten, alle haben ein Recht, von Euch zu verlangen, am Sonntag Eure Pflicht zu tun.

Man kann eigenes Gut mißachten, man darf aber in Entscheidungstunden seines Volkes nicht zurückstehen, denn: was Du der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück.

Ich habe naturgemäß auch für die demokratische Partei geworden in den letzten Wochen. In dieser Stunde bitte ich Euch um des Vaterlandes willen, rafft Euch auf und was für Deutschland zum Heile dient, für das entscheidet Euch am Sonntag.

Johannes Fischer

Spitzenkandidat der Deutschen demokratischen Partei.